

Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bezugsbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Breite) mit Fettschrift oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Hammer Schmidt in Wien, Landstraße Nr. 386; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissär G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt

Deutschland. Frankfurt (Die Süddeutschen und die Oberhauptfrage. Erklärung des Herzogs v. Braunschweig für ein erbliches Oberhaupt Deutschlands. Der Herzog v. Nassau soll zu einer ähnlichen Erklärung geneigt sein. Camphausen zurückwartet. Commodore Parker. Wien (Nachrichten aus Ungarn). Kremfiter (Reichstagsverhandlungen). Prag (Die Ministerkrise. Belagerungszustände. Ein abenteuerlicher Angriffsplan auf Venedig. Nationalgardiencongres. Hofnachrichten. Die Studenten. Von der ungarischen Grenze (Ermordung des Prof. Bachmann in Schemnitz durch magyarische Studenten). Von der galizischen Grenze (Galizien und die Bukowina in Belagerungszustand erklärt). Berlin (Eine neue Schrift. Gewerbliches. Handelsgerichte. Vermischtes). Aus den preussischen Provinzen (Wahlberichte). Posen (Generalversammlung der Liga polska). Breslau (Erklärung des Criminalsenats). Reichenbach (Verhaftung). Dresden (Eröffnung der Kammern. Thronrede des Königs). Hannover und Danabrück (Landtagswahlen). Stuttgart (Zur Feier der Grundrechte. Der König im Theater). Mannheim (Mordes nach Weinheim abgeführt). Aus Schleswig-Holstein (Manifestationen gegen eine Sonderconstitution des Herzogthums Schleswig. Eine Ansicht des dänischen Kriegsminister Thorsnering). Schleswig (Ein falsches Gerücht. Grundtvig's Antrag und sein Schicksal). Kiel (Die Einberufung der Landesversammlung beschlossen). Schwerin (Verteidigung der Grundrechte). Weimar (Einkaufsangelegenheit. Die Grundrechte. Vermischtes aus den Thüringer Landen). Altenburg und Detmold (Publicierung der Grundrechte des deutschen Volkes). Gera (Erklärung für Preußen in der Oberhauptfrage). Sigmaringen (Die Mediationsangelegenheit. Stimmung für einen habsburgischen Kaiser Deutschlands). Lübeck (Adresse in der Oberhauptfrage. Die Grundrechte). Galizien. Lemberg (Bem und seine Insurgenten zurückgebracht. Besorgniß vor dem Einfall der Magyaren und dem Einmarsch der Russen). Italien. Nachrichten aus Neapel. Frankreich. Paris (Kamartine's Entscheidung für Auflösung der Nationalversammlung. Fortdauernde Ungewißheit betreffs der Rüstungen. Antrag der Regierung die Waigefangenen den Ästien zu entlassen. Die deutschen Demokraten). Spanien. Madrid (Erklärung des Finanzministers in der Kammer). Börseberichte.

Fragt die Geschichte der provisorischen Centralgewalt. Und wer wird denn am meisten dabei leiden? Süddeutschland. Am ungestümsten will es vorwärts, am raschesten will es aus der Kleinstaaterei heraus, am nachdrücklichsten verlangt es eine deutsche Gesamtmacht. Ist das möglich, wenn der Bundesstaat und das einheitliche starke Oberhaupt wieder unmöglich gemacht wird? Der einfachste Verstand muß ja doch hierauf die Antwort zur Hand haben. Wie stellt sich denn die Lage Süddeutschlands zur Oberhauptfrage? Betrachten wir die Formen im Einzelnen. Vom Turnus wollen wir absehen. Dieses „Reihum“, wo jeder neue Pächter kein Interesse hat, die Pachtung für den Nachfolger zu schonen und zu conserviren, und wo das arme Vaterland nie zum Athem eines Systems, einer bestimmten Richtung käme, hat offenbar selbst bei all unserer Liebhaberei für Curioses die allgeringste Aussicht. Dagegen werfen sich die Bayern und die Oesterreicher neuerdings mit aller Schwere auf ein Directorium. Viele von den Oesterreichern gestehen es naiv, daß ihnen ein Directorium gar nicht einfallen würde, und daß sie ein erbliches Oberhaupt unbedingt verlangen würden, wenn der Kaiser von Oesterreich Aussicht hätte auf diese Würde. Der landsmannschaftliche Standpunkt ist denn bereits unumwunden; dieselben unumwundenen landsmannschaftlichen Helben höhnen aber fröhlichen Gewissens den Dichter Arndt, wenn sich dieser schweren Herzens gegen sein Lied entschließen muß zu einer Abschließung des Bundesstaates ohne Oesterreich. Oder stimmen die Bayern vielleicht für ein Directorium des Directoriums wegen? Ach nein. Bayerns wegen büßten sie an dem Directorium so lange, bis es halbwegs sauber aussieht. Die Geschichte Deutschlands wird deshalb die Namen derjenigen Bayern, welche, wie Stahl und Barth, so nachdrücklich gesprochen haben, mit Auszeichnung genannt Directorium, gegen welche am Wendepunkte Probe hielten gegen deutsche Landsmannschaft und für deutsche Einheit. Herr Welcker hat zwar heute gesagt, das Directorium sei kein verjüngter Bundestag, aber was hat denn Herr Welcker heute nicht gesagt? Natürlich sollen Volkshaus und Staatenhaus dafür sorgen, daß kein Bundestag entstehe. Wenn nur Herr Welcker auch dafür sorgte, daß Volks- und Staatenhaus von Oesterreich und Preußen respectirt würden. Sprechen wir nur von Preußen und der preussischen Nationalversammlung. Welch ein Interesse soll dieser Staat, der bereits eine europäische Großmacht ist, wohl haben, in Gemeinschaft mit zwei oder vier Directoren sich und seine ausgebildete Landesvertretung von Frankfurt aus befehligen zu lassen? Sind wir nun einmal bei so schreiender Particularverlangnis angekommen, und ist diese also so natürlich begründet, was sichert uns denn, daß Preußen allein hingebend sein werde? Und wollte es selbst die Regierung, haben wir denn die Gelüste der Berliner Versammlung schon vergessen? Ist es irgend einem nüchternen Politiker zweifelhaft, wie sich diese Versammlung zum deutschen Parlamente stellen würde? Und dies wäre dann das süddeutsche Parlament, in welchem es reden und verlangen würde ohne irgend einen Erfolg. Dies wäre Süddeutschlands Lage mit einem Directorium an der Spitze des deutschen Bundesstaates; vorausgesetzt nämlich, was eben nur guter Glaube voraussetzen kann, daß eine Großmacht oder gar, wie man ja möchte, zwei Großmächte die Verfassung anerkennen würden. Wenn letzteres nicht geschähe, dann hätte Süddeutschland politisch mit den Grundrechten sich zu begnügen und staatlich in Statu quo zu verbleiben. Oesterreich und Preußen würden es abwarten. — Dies das Directorium und dies die Lehre, wenn man erstens in eiller Gefühlspolitik zwei Großmächte in seine Arme schließen, und zweitens jedenfalls die eine Großmacht behandeln möchte, wie jede andere Macht dritten und vierten Ranges. Es ist hiermit keinerlei Etikette gemeint, keineswegs, nur die natürliche Schwere. Ein Centnergewicht bewegt sich eben nicht so leicht hin. Die Lehre sagt: entweder zwei Großmächte und dann kein Deutschland, oder man mag die Form drehen und wenden wie man will; oder eine Großmacht und dann diese als erbliches Oberhaupt. Dann nur ist die Verfassung möglich, weil nur dann die Großmacht Veranlassung hat, in Deutschland aufzugehen, und dann nur kommt Süddeutschland zu der Ehre und Macht, welche es mit vollem Rechte anzusprechen hat. Denn alsdann entsteht der Großstaat Deutschland auf organischem Wege, und auf solchem Wege, aber auch nur auf solchem, macht das in so viele Staaten zersplitterte Süddeutschland all seine Ansprüche auf die Gesamtheit geltend. Kommt es jetzt dahin und wird durch unbedachte Parteilung die Oberhauptfrage verflümmelt, dann ist die Mühe und Sorge von so schweren drei Vierteljahre verschwendet, und dann entscheiden andere Kräfte als die parlamentarischen. Fragen wir uns und antworten wir uns offenerzig in Süddeutschland, ob wir,

die staatlich zersplitterten, bei der Entscheidung durch andere Kräfte so viel Einfluß äußern könnten, als bei der parlamentarischen Einigung. Die Hand auf's Herz, sind unsere Vertreter auf der Linken wohl berathen, wenn sie auch bei der Frage um die concentrirte Macht Deutschlands für unmögliche Präsidenschaften oder für die mannigfaltigen Halbheiten der sechs Jahre, zwölf Jahre oder dergleichen, die Lebenslänglichkeit eingeschlossen, stimmen? Bei Freiheitsprincipien möcht' ich Niemand beirren, aber ist hier außer bei der republikanischen Einheitsfrage irgend ein Princip vertreten? Gewiß nicht; sondern nur eine Zweckmäßigkeit, welche ihren Zweck zu verfehlen vollkommen geeignet ist. Der deutsche Bundesstaat wird nur eine Wahrheit, wenn ein Großstaat aufsteht in unserer gemeinschaftlichen Verfassung. Kann denn das Preußen, wenn sein Fürst auf eine Zeitlang an unsere Spitze gestellt wird? Kann es? Antwort: Nein. Das Hemd ist Jedem näher als der Rock, sagt unser Sprichwort. Wollen wir also was Ganzes, so entschließen wir uns denn auch zu dem einzigen Mittel, welches ein Ganzes zu Stande bringt. Noch haben wir es in der Hand, binnen einem Monat ein starker deutscher Bundesstaat zu sein, oder wiederum zu scheitern an unsern Eifersüchteleien, Sentimentalitäten und Halbheiten. Alle unsere Feinde sehn gespannt auf Frankfurt, alle unsere Landsleute mit Sorge und Pein, denn Sorge und Pein liegen hinter all' den Adressen, welche uns endlich zu einem ganzen Entschlusse drängen sollen.

*** Frankfurt, 19. Jan. Wir freuen uns, mittheilen zu können, daß wiederum ein deutscher Fürst großherzig das Seine gethan zur Herstellung der Einheit des Vaterlands. Das Reichsministerium hat heute nachstehendes Schreiben erhalten: *Seine Hoheit der Herzog von Braunschweig in der Seine Eigenschaft der Verhandlungen über die Umgestaltung des deutschen Bundes fortwährend der Ansicht gewesen, daß ebensovohl eine würdige und kraftvolle Vertretung der deutschen Nation nach Außen, um ihr den Platz unter den europäischen Staaten anzuweisen, den sie einzunehmen berufen und berechtigt ist, als auch eine den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechende, neben der Selbstständigkeit der einzelnen Staaten zu bildende Einheit im Innern sich nur werde erreichen lassen, wenn ein erbliches Oberhaupt an die Spitze der Reichsregierung tritt. Diese Ansicht Sr. Hoh. des Herzogs, mit welcher sich bereits die Vertreter des Herzogthums einverstanden erklärt haben, bin ich ermächtigt, Ihnen, Herr Präsident, offen auszusprechen. Frankfurt, den 19. Januar 1849. Der Bevollmächtigte für Braunschweig bei der provisorischen Centralgewalt. (Gez.) Liebe. An den Herrn Präsidenten des Reichsministerraths, H. v. Gagern.*

RC Frankfurt, 19. Jan. Gestern ist Commodore Parker, ein erfahrener nordamerikanischer Seemann, hier eingetroffen, von dessen Thätigkeit man sich die glücklichsten Erfolge versprechen darf. Er wird wohl zunächst die von dem Reichsministerium bisher getroffenen Anstalten mit kundigem Auge prüfen und auf die Lücken hinweisen, die sich hier und da noch zeigen möchten. Hoffentlich sind die Vorbereitungen der Art, daß der ehrenwerthe Commodore darin die Veranlassung findet, im Falle der Noth die Anführung unserer jungen Flotte zu übernehmen, womit das Cabinet von Washington, wie wir versichern zu dürfen glauben, sich vollständig einverstanden erklären würde. So viel ist gewiß, daß Deutschlands Handel im Jahre 1849 nicht wieder so schutzlos den dänischen Fregatten preisgegeben sein wird, daß das tapfere seegewohnte Volk der Küste, bisher nur der Fährer entbehrend, nichts mehr herbeiseht, als die Scharte des Sommers 1848 auszuweichen. Möge daher Dänemark die Friedensunterhandlungen nicht länger mit Hinblick auf ein mögliches Zerwürfniß Deutschlands hinhalten; es könnte sich täuschen in dieser stillen Hoffnung, und wird Deutschland, jeder unbilligen Forderung gegenüber, ganz gewiß geeinigt finden. — Aus glaubwürdiger Quelle geht uns so eben die Nachricht zu, daß auch der Herzog von Nassau geneigt ist, in derselben Weise, wie die Großherzoge von Baden und Darmstadt gethan, sich über die Oberhauptfrage auszusprechen. Unter diesen Umständen wird die Spannung täglich größer, mit der man der endlichen Erklärung des preussischen Cabinets entgegen sieht. — Hr. Camphausen wird noch heute aus Berlin zurück erwartet.

[.] Wien, 13. Jan. Komorn hat seine Thore noch nicht geöffnet, indem daselbst zwei Parteien einander gegenüberstehen, was eine ernste Katastrophe vorerst innerhalb seiner Mauern besorgen läßt. Ein Aehnliches scheint in noch höherem Grade in Leopoldstadt der Fall zu sein, und es dürfte die Abspannung aller Communication vorläufig die einzige von Seite der Kaiserlichen angeordnete Maßregel bleiben. — Die Ungarn haben zur Stunde noch bei-

Deutschland.

*** Frankfurt, 19. Jan. Die Süddeutschen mögen sich doch jetzt in der letzten Stunde klar machen, was aus ihnen insbesondere wird, wenn die Oberhauptfrage nicht vollständig und auf die Dauer zu lösen ist durch einen kraftvollen Beschluß der Nationalversammlung, wenn nicht durch einen solchen Beschluß die Macht eintritt in unsere geschaffene Verfassungsform, und zwar die Macht, welche groß genug ist gegen innere und äußere Feinde, und welche ein wirkliches Interesse hat, die deutsche Sache wie ihre eigene zu vertreten. In welche Lage kommen denn die Süddeutschen, wenn hier etwas Mittelmäßiges, wenn irgend ein halbes Wesen beschlossen wird? Nun, die Oesterreicher ziehen sich in ihr Kaiserreich zurück und zucken die Achseln, und das neuerdings wieder erwachte Verlangen, die Hand darin zu behalten in deutscher Entwicklung, dies im Programm von Kremfiter endlich und freimüthig aufgegebene, in der späteren Erklärung wieder aufgenommene Verlangen entwickelt sich 1849 wiederum zum Segen Oesterreichs und zum Segen Deutschlands, wie es sich von 1815 bis 1848 ersichtlich für Jedermann entwickelt hat. Die guten Oesterreicher, welche für Freiheit schwärmen und gleichzeitig dafür sorgen helfen, daß der deutsche Bundesstaat wieder in Täuschung zerrinne! Dieser deutsche Bundesstaat allein garantirt ihnen die Freiheit. Dieses gewaltsame Hereindrängen Oesterreichs in den deutschen Staat, ohne daß Oesterreich auch nur im Mindesten aufhören will ein streng österreichischer Staat zu sein, führt zu nichts Anderem, als zu Metternich'schen Maximen. Metternich hat sie nicht erfunden, sie sind gegeben in der unnatürlichen doppelten Stellung: einen Staat mit so viel Millionen gemischter, hinter deutscher Kultur weit zurückstehender Bevölkerung zu regieren und gleichzeitig die Regierungsgrundsätze bestimmen zu helfen für die deutsche Nation. Dies Zusammenpressen der Rosse von verschiedenartigstem Temperament an ein und denselben Wagen ruiniert nicht nur ein Ross, es ruiniert auch das andere. Die riesenhaften und äußerst dankbaren Aufgaben Oesterreichs, welche es als großer Kaiserstaat zu erfüllen hat, sie bleiben wiederum liegen zur Freude des Russen, wie sie bisher liegen geblieben sind, wenn das österreichische Cabinet wiederum seine Kräfte auf die Tendenzpolitik, das heißt auf Deutschland richten muß. Es wird wieder in scheinbarem Gleichgewicht bleiben wollen, und Deutschland wird zu diesem Ende eine Errungenschaft nach der andern aus seiner Wagchale werfen müssen, kurz, das Jahr 1815, so reich an Aussichten, ist wieder da, und unsere Weisheit sorgt dafür, daß der Nichtweg in die zwanziger und dreißiger Jahre genau wieder so eingehalten werde. Praßen, deren Consequenz unmöglich ist! Zu diesen Phrasen gehört dann das deutsche Parlament, die neue Errungenschaft. Wie weit wird denn Oesterreich davon Notiz nehmen? Wie weit kann es denn?

nabe die Hälfte des Landes in ihrem Besitze und es weht die dreifarbigte Fahne noch auf 14 Punkten von Bedeutung, sowie denn ihre mobilen Streitkräfte immerhin zur Stunde einen Rest von 60,000 Mann betragen mögen. — Zur Erleichterung des Verkehrs ward von dem k. k. Militär- und Civilgouvernement zu Ofen die fernere Circulation der ungarischen Ein-Gulden-Banknoten gestattet. — Nachschrift. So eben trifft die Nachricht hier ein, daß starke Insurgentenmassen sich um Tirnau versammelt, und daß ein Theil der bei Leopoldstadt vorräthigen k. k. Munition durch Verrath verborben worden sei!

Kremsier, 13. Jan. Gestern wurde noch der § 2 der Grundrechte in folgender Fassung angenommen: „Die Constitution und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die österreichische Staatsbürgerschaft erworben, ausgeübt und verloren wird. Die Gesamtheit der Staatsbürger ist das Volk.“ — Der § 3 ist noch nicht zu Ende verlesen. Neuwall sprach gegen, Sidon und Machalski für die Aufhebung des Adels. Die Sitzung wurde um 1/3 Uhr aufgehoben. — Heute annoncirt Strobach, daß wegen des Abg. Raim eine Vorberathung in den Abtheilungen stattfinden solle; es ist in Betreff der Requisition vom Gerichte. — Sonst ist Nichts von Belang vorgekommen.

Prag, 16. Jan. Aus Kremsier ging hier die sichere Nachricht ein, daß das Ministerium damit umging, den Reichstags aufzulösen, besonders waren Schwarzenberg und Cordon energisch für die Auflösung, jedoch ihre Absicht scheiterte an dem festen Widerstande des Finanzministers Kraus, der wohl ein sah, daß er dann das Ansehen von 80 Millionen nicht zusammengebracht hätte, und ohne diese 80 Millionen ist es unmöglich die Staatsmaschine im Gange zu erhalten. Aus eben derselben Quelle erfahren wir, daß die festeste Stütze des Ministeriums die Deutschböhmen im Centrum sind. Wunderbar, überall spielen die Böhmen die hervorragendste Rolle, auf der Linken, im Centrum und auf der Rechten. — Kurz oder lang wird unsere ganze Monarchie in Belagerungszustand erklärt werden. Wien und Oesterreich, ganz Ungarn, Siebenbürgen, ganz Galizien und Italien sind im Kriegszustand. Bei uns braucht es nur einen kleinen Krawall, und dieser ist bei der herrschenden Aufregung leicht zu erwarten, und wir haben wieder die Leiden und Freuden des Belagerungszustandes. Jedoch in Galizien war es beim Einbrüche Bem's eine Nothwendigkeit, militärische Vorkehrungen zu treffen. — Man gibt als gewiß an, daß nach Prag eine ganz magyarische Besatzung kommen werde. — Aus Italien bringt eins von den hiesigen Blättern die von einem Offizier herrührende abenteuerliche Nachricht, daß man Anstalten treffe, Venedig aus der Luft zu bombardiren, nämlich mittelst Luftballons, mit welchen man die Bomben in die Höhe brächte und sie dann auf die Stadt herunterließe (!).

Im Laufe des Monats März soll ein Congress sämtlicher Ober- und Unterbeamten in Prag stattfinden, in besserer Centralisation verhandelt werden soll. — Über die Karl Ferdinand ist zur Armee nach Italien abgegangen, und Erzherzog Wilhelm soll demnächst die militärische Leitung in der Provinz Böhmen übernehmen. — Die hiesige Studentenschaft hat beschlossen, für den serbischen General Suppliacz eine Leichenfeier zu veranstalten, die sehr glänzend ausfallen dürfte.

Kundmachung. Von dem k. k. provisorischen Presgericht wird hiermit bekannt gemacht, daß in Gemäßheit des § 48 der provisorischen Verordnung über das Verfahren in Presssachen die Namen der geschädigten Geschwornen am 19. Januar l. J. durch das Los in Reihen von je hundert Namen werden vertheilt werden, und daß hierbei zugleich durch das Los die Ordnung für das ganze Jahr bestimmt werden wird, in welcher diese Reihen monatweise das Geschwornengericht zu bilden haben. Diese Amtshandlung wird am gedachten Tage um 9 Uhr Vormittags im Saale des St. Wenzelsbades öffentlich unter Zulassung des Publikums vorgenommen werden. Prag, am 10. Januar 1849. Joseph Roskoshny, Präsident des Presgerichtes. Johann Hawacek, k. k. Landrath.

Von der ungarischen Grenze, 10. Jan. Die Studenten der königl. Bergakademie zu Schemnitz, die seit einem halben Jahre nach Vertreibung der Deutschen eine völlig magyarische geworden war, haben sich in den letzten Tagen eines grausamen Mordes schuldig gemacht, indem sie den Professor Bachmann, der sich stets zur deutschen Sache hinneigte, deshalb vor der Thüre seines Hauses aufknüpften, eine That, welche das Militärgouvernement blutig bestrafen wird und muß.

Von der galizischen Grenze, 14. Jan. General Hammerstein hat, um angeblich dem Ausbruche einer Revolution zuvorzukommen und die Wiederkehr von Greuelthaten — wahrscheinlich dachte er dabei an das verhängnisvolle Jahr 1846 — zu verhindern, ganz Galizien, einschließlich Krakau und die Bukowina, in Belagerungszustand erklärt. Die Rechte der freien Presse, der Association und der Volksbewaffnung werden suspendirt. Militärcommissionen werden in den meisten Kreisen niedergesetzt, und die Zuwiderhandelnden unterliegen theils dem Stand-, theils dem Kriegsrechte. Die Operationen des Generals Bem hatten den Zweck, die Bukowina, Galizien, vermuthlich auch das Königreich Polen zu revolutioniren. Der Rückschlag dieser Unternehmung äußert sich zunächst in obigem strengen Edicte. (C. 3.)

Berlin, 17. Jan. Eine kleine Schrift macht hier Aufsehen zunächst schon durch die geheimnißvolle Weise, in der sie in die Hände gesellschaftlich hervorragender Persönlichkeiten gelangte. Vor wenigen Tagen wurde sie von unbekannter Hand hohen Beamten und Mitgliedern des diplomatischen Corps von Paris aus zugesendet. Sie führt den Titel „An die aufgelöste preussische Nationalversammlung. Stimmen aus Paris.“ Eine Pariser Handlung (Marsue et Comp., Quai Voltaire) ist als die Verlegerin bezeichnet. Trotzdem lassen nicht nur der Umstand, daß die Schrift aus einer hiesigen Buchdruckerei hervorgegangen, und daß sie der Frau Bettina v. Arnim gewidmet ist, sondern auch manche Gedanken und Anspielungen mit Sicherheit darauf schließen, daß Ursprung und Ziel dieser an Berlin gerichteten Stimme aus Paris nicht eben weit aus-

einanderliegen. Die Schrift, deren Verfasser sich unter der Widmung St. Albin nennt, ist im Wesentlichen eine Schugrede für die polnische Nation, welcher der Verfasser selbst anzugehören sich das Ansehen gibt.

Im Handelsministerium gibt sich eine bedeutende Regsamkeit kund. Durch den Zusammentritt der Deputirten aus dem Handels-, Gewerks- und Gesellschaften werden die für die handelspolitischen und gewerblichen Interessen höchst wichtigen Fragen dergehalt verathen und zu einem Entwurf für die nächste Kammer bearbeitet, daß, wenn die zu erwartenden Nationalvertreter sich mit dem Wohle des Vaterlandes practisch beschäftigen wollen, sie in der That Gelegenheit genug dazu finden werden. Unsere Aufgabe kann es doch nun endlich sein, einen practischen Nutzen unserer freien Institutionen zu erzielen, denn das Frühjahr muß durch rege Geschäftigkeit in allen gewerblichen Klassen den Boden gut bestell begrünen, damit wir die Saat zur fruchtbringenden Ernte streuen können. Auch über die Beschaffung einer deutschen Flotte werden mit dem Reichsministerium Unterhandlungen gepflogen: binnen Kurzem wird ein preussischer Beamter (man nennt den königl. Fabriken-Commissions-Rath Wedding) nach Amerika gehen, um den Ankauf von Segel- und Dampfschiffen zu bewirken. Auch sollen daselbst von preussischer Seite Marineoffiziere engagirt werden, was nach den Mittheilungen aus den Vereinststaaten keine Schwierigkeiten haben wird.

Seit einigen Tagen sprechen Briefe von Pariser Banquiers übereinstimmend die Ansicht aus, daß man sich von der republikanischen Regierungsform immer weiter entferne. Das Vertrauen ist äußerst schwach, der Discout gedrückt, und die Geldinstitute leiden eben so, wie die Banquiers und der übrige Kaufmannsstand.

Gestern arbeitete die Commission der Kaufleute zur Organisation der Handelsgerichte bis Abends 10 Uhr mit dem Handelsminister; heute Morgen wurden die Verhandlungen fortgesetzt, und dem Vernehmen nach werden sie in einigen Tagen schon beendet sein.

Die Abstimmung über das Gagerische Programm hat hier in allen Kreisen, und vornehmlich auch an der Börse, einen höchst günstigen Eindruck gemacht. (D. N.) Der Oberbefehlshaber der deutschen Reichstruppen in den Herzogthümern Schleswig-Holstein, Gen. v. Bonin, ist von Schleswig hier angekommen. (P. St. A.)

Aus den preussischen Provinzen, im Januar, gehen folgende Wahlberichte ein: Aus den katholischen Landesheilen, vom Rhein eben sowohl als aus Schlesien, berichtet man einstimmig, daß die katholische Geistlichkeit jetzt eben so entschieden für die Ordnung wirke, wie im Mai für die Revolution. Dieses Wirken ist indessen besonders am Rhein ungemein geräuschlos, es besteht nämlich nur darin, daß die Geistlichen sich unter einander über die zu wählenden Candidaten verständigen und in der letzten Stunde vor der Wahl den Wählern die nöthigen Namen mittheilen. Auf die Majorität für diese Namen rechnen sie nicht, daß die Wähler zur ersten Kammer sich sehr spärlich einfänden. In diesem Augenblicke liegen hierüber Nachrichten aus Magdeburg, Stettin und Köln vor. In Magdeburg haben sich nur 1400 Wähler gemeldet, obgleich daselbst mindestens 2000 Hausbesitzer sind, deren Grundbesitz mehr als 5000 Thlr. werth ist. Da die dortigen Demokraten die Bürger eifrig auffordern, ihr Wahlrecht geltend zu machen, so scheinen auch dort die mit dieser Partei stimmenden Bürger sich vorzugsweise zurückhaltend zu bezeigen. Auch in Stettin und Köln hat sich kaum die Hälfte der mutmaßlich Wahlberechtigten gemeldet. In Pommern erwarten die Demokraten noch „entschiedener“ Wahlen, als im Mai. Gerade die Bauerngutsbesitzer sollen dort sehr liberal sein, während die „kleinen Leute“ zu den Gutsbesitzern halten. Die wohlhabenden Bauern der Weichselniederung dagegen werden als entschiedene Aristokraten bezeichnet und auch Lithauen flößt den Demokraten Mißtrauen ein. In Königsberg und Elbing haben sie dagegen die Mehrheit, Danzig aber gilt für reactionär. — In Posen haben die Polen sich noch immer nicht erklärt, ob sie mit der deutschen Opposition stimmen wollen, oder nicht, so sehr diese sich auch darum bemüht, da sie ohne diese Hilfe in dieser Provinz gar nichts ausrichten würde. Besonders Bromberg wird als eine vollständig reactionäre Stadt geschildert. Der Oberabbiner von Posen soll Aussicht haben, zum Abgeordneten gewählt zu werden.

Posen, 12. Jan. Die Generalversammlung der „Liga polska“ ist am 10. d. M. Nachmittags in Kurnil durch ein feierliches, vom Erzbischof selbst abgehaltenes Hochamt eröffnet worden. Um jeden Conflict zu vermeiden, hat der commandirende General v. Brünneck das dort cantonnirende Truppencorps aus der Stadt auszurücken und mit einem anderen, von hier dahin gesandten Corps in die umliegenden Ortschaften für die Dauer der Versammlung einquartieren lassen. Für das rücksichtsvolle und zugleich vorsichtige Verfahren wird Hr. v. Brünneck allgemeine Anerkennung gezollt.

Der Criminalsenat des königl. Oberlandesgerichts zu Breslau erklärt die Mittheilung der „Berliner Zeitung“: daß eine Untersuchung gegen alle diejenigen, welche für die Durchführung des bekannten letzten Beschlusses der Nationalversammlung thätig gewesen, bis jetzt nur an der Erklärung des Criminalsenats gescheitert sei, daß er in einer Aufforderung zur Steuerverweigerung kein Verbrechen erblicke, für unwahr. Dem Senat habe übrigens zu einer diesfälligen Beschlusnahme noch gar keine Veranlassung vorgelegen.

In Reichenbach ist am 11. Januar der Redacteur des „Wanderer“, Hr. R. v. Denck, plötzlich verhaftet und unter militärischer Escorte nach Schweidnitz gebracht worden. Die Veranlassung zu diesem Verfahren ist noch unbekannt. (Bresl. Z.)

Dresden, 17. Jan. Heute Mittag um 1 Uhr wurde im Landhause im Sitzungssaale der zweiten Kammer der sechs sächsische Landtag in solenner Weise durch den König er-

öffnet. Zu beiden Seiten des Thrones standen neben dem Könige die Prinzen Johann und Albert; rechts vom Thron hatten die fünf Minister: von der Pfordten, Georgi, Oberländer, von Buttlar und Treitschke (welcher interimistisch für Braun das Justizministerium verwaltet) Platz genommen. Die Mitglieder beider Kammern waren zahlreich versammelt und begrüßten den König bei seinem Eintritt und Austritt mit herkömmlichem Hochruf. Der König verlas mit tonloser Stimme nachstehende Thronrede, an welche sich ein Exposé über die Landtagsvorlagen schloß, welches Hr. von der Pfordten den Kammern vortrug. Einige Diplomaten wohnten der Feierlichkeit bei, welche gegen 2 Uhr ihr Ende erreicht hatte.

Thronrede des Königs. Meine Herren Abgeordneten. Obwohl zwischen der Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes, auf Grund dessen ich Sie heute mit mir versammelt sehe, und dem Schlusse des vergangenen Jahres nur wenige Wochen imelagen, so ist es doch durch die rasche Förderung des Wahlgeschäftes möglich geworden, in Gemäßheit des § 115 der Verfassungsurkunde die Einberufung des Landtages noch im Laufe der letzten Finanzperiode zu bewerkstelligen und heute denselben mit Ihnen zu eröffnen. Inzwischen blieb es immer nöthig, wenn nicht ein Stillstand in dem regelmäßigen Gange der Verwaltung eintreten sollte, wegen Forterhebung der zeitlichen Steuern eine Verordnung zu erlassen, welche Ihnen zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt werden wird. Es reihen sich daran der Rechnungsbildungsbericht auf die Finanzperiode 1843/45, eine vorläufige Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben in der Finanzperiode 1846/48, ein Voranschlag der Ausgaben für das Jahr 1849, und ein provisorisches Finanzgesetz auf das ganze Finanzjahr 1849/51 nach dem Landtage das Budget auf die ganze Finanzperiode 1849/51 nachfolgen wird. Wenn dieses Verfahren nicht allenthalben dem bei früheren Landtagen beobachteten entspricht, so liegt der Grund lediglich darin, daß es unmöglich ist, schon jetzt den Einfluß zu überblicken, welchen die Umgestaltung der deutschen Verfassung sowohl, als wesentlicher Theile der Verwaltung des Königreiches auf die Einnahmen und Ausgaben der folgenden Jahre üben wird. Der gegenwärtige Landtag fällt in einen wichtigen Abschnitt der deutschen Geschichte. Das Verfassungswort Deutschlands geht seiner Vollendung entgegen, hoffen wir zum Frommen vernünftiger Freiheit, dauernder Einheit und dadurch möglicher Stärke im Innern wie nach Außen. Wie meine Regierung zur Förderung dieser hohen Zwecke, so viel an ihr ist, beizutragen nicht anstreben wird, so rechne ich auch hierbei, meine Herren Abgeordneten, auf Ihre Unterstützung, wenn es sich um die nach der Verfassungsurkunde den Kammern zuzehörende Mitwirkung handelt. Was die inneren Reformen anlangt, so ist die Trennung der Justiz von der Verwaltung bereits grundsätzlich ausgesprochen. Zur Durchführung derselben, sowie zur Erzielung größerer Vereinfachung und dadurch erreichbarer Ersparnisse haben Vorarbeiten begonnen, deren Ergebnisse Ihrer Prüfung werden unterstellt werden. Abänderungen des Gewerbe- und Personalsteuergesetzes, wie der das Pensionswesen regelnden Gesetze haben nothwendig zu geschehen. Auf die Entwürfe hierüber wird sich Ihre Thätigkeit zu erstrecken haben. Dasselbe gilt von den Vorlagen, welche wegen Beseitigung mehrerer Grundlasten erforderlich sind. Umfangreiche Vorarbeiten sind in vollem Gange wegen Begründung einer selbstständigen Verfassung der evangelischen Kirche, wegen Verbesserung des gesammten Unterrichtswezens, wegen Revision der Gemeindeverfassung. Von den seit dem letzten ordentlichen Landtage mit andern Staaten abgeschlossenen Verträgen wird Ihnen gehörige Kenntniß gegeben werden. Genauere Mittheilung über die zur Vorlage bestimmten Gegenstände wird Ihnen von mir hierzu beauftragte Staatsminister nachher eröffnen. Wie ich das Bewußtsein in mir trage, stets aufrichtig bemüht gewesen zu sein, auf verfassungsmäßigem Wege das Staatsleben in gesundem Entwicklungsgange weiter zu führen, so werde ich dieses Ziel auch fernhin zu verfolgen. Ich rechne dabei auf Ihre Mitwirkung und glaube, daß durch gegenseitige Verständigung über die wichtigsten Fragen, welche Gegenstand Ihrer Beratung sein werden, den Erwartungen am besten entsprochen werden wird, welche das Land an die gegenwärtigen Kammern zu stellen berechtigt ist. (D. 3.)

Hannover, 15. Jan. Bei der so eben beendeten Wahl der seitens der Stadt Hannover in die zweite Kammer zu sendenden beiden Abgeordneten fielen von 64 Stimmen der anwesenden Wahlmänner: 37 auf Rumanu, 32 auf Gödecke, 31 auf Senator Schütz, 4 auf Minister Stüve. Die beiden Ersteren sind demnach in der Majorität geblieben und als gewählt zu betrachten. — Dr. Holscher, welcher als Chef der Bürgerwehr seine Entlassung eingereicht hatte, soll auf dringendes Ansuchen des gesammten Offiziercorps eingewilligt haben, das Commando einstweilen ferner zu übernehmen.

Ösnabrück, 15. Jan. Bei der heutigen Deputirtenwahl unserer Stadt wurde Stüve gleich in der ersten Abstimmung mit 46 gegen 2 Stimmen zum Deputirten erwählt. Die Wahl eines Ersatzmannes fiel auf Breusing, augenblicklich noch unser Abgeordneter in Frankfurt. Man hat durch diese Wahl Breusing's Thätigkeit und das von ihm in Frankfurt beobachtete Verfahren anerkannt und gebilligt und dadurch die vom hiesigen Tageblatt auf ihn gemachten Angriffe thatächlich gemißbilligt.

Stuttgart, 18. Jan. Der „Schwäb. Merkur“ meldet, daß in einer Versammlung der Commandanten der hiesigen Bürgerwehr beschlossen wurde, zur Feier der Einführung der deutschen Grundrechte und zu dankbarer Anerkennung der rücksichtslosen Vollziehung derselben durch den König und die Regierung künftigen Sonntag den 21., Vormittags nach der Kirche, eine Musterung der Bürgerwehr zu veranstalten, und Sr. Maj. dem König die Bitte um Abnahme derselben vorzutragen. — Gestern Abend erschien der König zum ersten Male seit längerer Zeit wieder im Thronsaal, wo Se. königl. Majestät von dem sehr zahlreichen Publikum mit stürmischem Jubel begrüßt wurde.

Mannheim, 15. Jan. Gestern wurde Florian Mördes verhaftet und durch Gensd'armen nach Weinheim geführt. Er soll, wie man uns berichtet, in einer Rede zum Hochverrath gereizt haben.

Aus Schleswig-Holstein, 15. Jan. Der Gedanke einer Sonderconstitution des Herzogthums Schleswig zwischen Holstein und Dänemark findet in den Herzen der Landesbewohner den lebhaftesten Widerspruch: dies gibt sich kund in den Manifestationen, welche sich in Holstein, wie in Süd- und Nord-Schleswig durch circulirende Adressen, die an das Reichsministerium und unmittelbar an die Friedensunterhändler in London abgesandt werden sollen, äußern. Was dieser Entrüstung einen tieferen nationalen Halt gewährt, ist eine von der als dänisch gesinnt verschrienen Stadt Flensburg gestern nach Frankfurt gesandten, mit einigen Tausend Unterschriften versehenen Adresse, in welcher es ausgesprochen ist: „die Reichsversammlung und das Reichsministerium wolle darauf hinwirken, daß bei einem etwaigen Friedensabschlusse Schles-

wig in seiner Verbindung mit Hosslein als Theil des deutschen Bundesstaats anerkannt werde." Daß man andererseits auf jedwede Eventualität sich vorzubereiten für gut findet, zeigt die rastlose Thätigkeit in der Artilleriewerkstätte in Rendsburg, die Befestigung des Kieler Hafens u. s. w.

Der ehemalige dänische Kriegsminister Tscherning hat in einem längeren Artikel in einem Kopenhagener Blatte die schleswigsche Frage zu erörtern versucht, wo er Dänemark kein erfreuliches Prognostikon in dieser Streitfache stellt, und demselben zu „seiner einzigen Rettung“ anräth, sich als „Admiralstaat“ an Deutschland anzuschließen. Die „Dannewirke“ nennt diese Idee „ein Phantasiegebilde des Landesverrätherischen Kriegsministers.“ (D. Ref.)

Schleswig, 12. Jan. (H. C.) Das vorgesehene verbreitete Gerücht, als sei der König von Dänemark auf Alsen angekommen, hat sich nicht bestätigt. Die geringfügige Cavallerie, welche auf dieser Insel sich befindet, soll dieselbe verlassen haben; dagegen befinden sich sieben Bataillone Infanterie (zu 200 Mann) daselbst, während die übrigen acht zwischen Veile, Kolbing und Friedericia stehen. Daß der Antrag des fanatisirten Pastor Grundt-wig in der dänischen Nationalversammlung auf sofortige Erhebung der Waffen, um Schleswig zu unterwerfen, ein so klägliches Ende erfahren, dürfte eine Folge davon sein, daß Alsen durch das Eis jetzt landfest geworden, mithin von der schleswig-holsteinischen Armee täglich betreten werden kann.

Kiel, 14. Jan. Die hier anwesenden Mitglieder der Landesversammlung beschloßen gestern eine sofortige Einberufung derselben, damit sie gegen die angeblich beabsichtigte Constatuirung Schlesiens als eines selbstständigen Staates ein entschiedenes Veto einlegen könne. Zugleich wurde in einer Adresse an das Reichsministerium die Unmöglichkeit dargelegt, auf solche Weise den Frieden herbeizuführen.

Schwerin, 10. Jan. Die Grundrechte sind heute publicirt. Die Kammer beschloß, „in Veranlassung der kürzlich erfolgten Publication der Grundrechte des deutschen Volks an die Herren Commissarien den Antrag zu richten, daß dieselben die Versammlung schleunigst von den Maßnahmen, welche die großherzogl. Regierungen zur Einführung der gedachten Grundrechte getroffen haben oder zu treffen gedenken, in Kenntniß setzen mögen.“

Aus dem Großherzogthum Weimar, 18. Jan. Wie man hört, will unser Ministerium die Höhe der Civilliste (280,000 Thlr., an welchen der Großherzog für das laufende Jahr 30,000 erlassen) zu einer Cabinetsfrage machen, und entweder den nächsten Landtag auflösen, oder sich zurückziehen, dafern er auf einer Verminderung besteht. — Die Verkündigung der Grundrechte hat unser Ministerium mit einer Bekanntmachung begleitet, in welcher es versichert, daß die hierauf zu erlassenden organischen Gesetze eifrigst vorbereitet und mehrere derselben in Gemeinschaft mit den übrigen thüringischen Staaten erlassen werden sollen. Hiernach scheint doch noch eine Art Vereinigung, freilich von geringem Stoffe, zu Stande gekommen. — In Gotha hat der Landtag selbst den von einem Abgeordneten gestellten Antrag auf Vereinigung Thüringens in Gesetzgebung und Verwaltung verworfen. Der Grund davon soll kein anderer sein, als weil man die Hegemonie Weimars wegen seiner doppelten Verwandtschaft mit Preußen fürchtet. — Der lange Streit wegen der Civilliste des Herzogs von Coburg-Gotha ist nun auch zu Ende, indem derselbe sich mit der Summe von 125,000 Thlr. zufrieden erklärte, die ihm auch bewilligt wurde. — In Sonderhausen hat die Regierung ein Wahlgesetz auf der breitesten demokratischen Grundlage proponirt, und in Gotha petitionirt ein großer Theil der Bürgerschaft um Einführung einer demokratischen städtischen Verfassung und will namentlich den Census bei den städtischen Wahlen abgeschafft haben. Hingegen erfährt der Stadtrath in Weimar selbst von Seiten der gemäßigten Constitutionellen bitteren Tadel darüber, daß er noch immer Anstand nimmt, seine Sitzungen öffentlich zu halten. Morgen finden in unserem Großherzogthume die Wahlen zum Landtage statt; sie werden meistens liberal, resp. nachmärzlich-demokratisch ausfallen. — Zum Präsidenten unseres Geschworenengerichtes ist der Regierungsrath v. Gersdorf in Eisenach, ein Mann von beweglichem Geiste und vielfacher Menschen- und Weltkenntniß, ernannt worden.

Altenburg, 16. Jan. Heute sind bei uns die „Grundrechte des deutschen Volkes“ als Gesetz publicirt worden, und es ertheilt hierbei in einer Einführungsbekanntmachung das Ministerium die erfreuliche Versicherung, daß es sich eifrigst bemühen werde, seinerseits dahin zu wirken, daß auch die durch das Reichsgesetz vorerst nur in Aussicht gestellten, beziehentlich der Landesgesetzgebung vorbehaltenen Grundrechte den Staatsangehörigen des Herzogthums baldthunlichst zu Theil werden.

Detmold, 13. Jan. Heute hat unsere Regierung die Grundrechte des deutschen Volks im Regierungsblatte publicirt. (3. f. Ndb.)

Gera, 6. Jan. In der heutigen Versammlung des Bürgervereins ist beschlossen worden, die in seinem Kreise herrschende Ansicht über die Oberhauptfrage in einer Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt dahin auszusprechen: daß Preußen baldthunlichst an die Spitze der deutschen Staaten gestellt und daß seinem Beherrscher die deutsche Kaiserkrone erblich übertragen werden möchte.

Sigmaringen, 16. Jan. In der Mediatisirungsangelegenheit, deren man bald überdrüssig zu werden beginnt, sucht sich das Gerücht von einer preussischen Oberherrlichkeit über die hohenzollernschen Fürstenthümer Geltung zu verschaffen; man rühet Petitionen für die Fortdauer der Selbstständigkeit; für einen Erbkaifer aus dem Hause Habsburg zeigen sich in den Landestheilen, welche an das württembergische Oberschwaben grenzen, große Sympathien. (Aehnliches wird uns aus einzelnen Gemeinden Württembergs, so aus Rottenburg, Waldstetten u. berichtet.) (S. M.)

Lübeck, 13. Jan. Die Adresse, worin die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß nur unter einem preussischen Oberhaupt die deutsche Einheit erreicht werden könne, ist gestern von einer zahlreich besuchten Bürgerversammlung, mit vielen Unterschriften versehen, durch Acclamation angenommen worden. — Die Grundrechte des deutschen Volks sind zwar bis heute noch nicht publicirt, doch wird, sicherem Vernehmen nach, deren Veröffentlichung zu Anfang nächster Woche erfolgen, so daß die durch das Reichsgesetz vom 27. Sept. v. J. vorgeschriebene 20tägige Frist gewahrt erscheinen wird.

Galizien.

Lemberg, 10. Jan. Die Insurgenten, unter Führung Dem's, sind aus der Bukowina nach einem siegreichen Gefechte wieder nach Siebenbürgen zurückgedrängt. — In Lencut, in Galizien, und in der ganzen Umgegend herrscht allgemein die Furcht, daß die Ungarn, gedrängt vom kaiserlichen Heere, einen Einfall in Galizien machen dürften. Gleiche Besorgniß fällt alle Gemüther in Hinsicht auf unsere nordischen Nachbarn; der Einmarsch der Russen ist seit mehreren Monaten schon als in Aussicht stehend geschildert worden, durch den ungarischen Krieg und für den Fall, daß derselbe sich nach dem Norden werfen würde, fürchtet man um so mehr, daß er zur Wahrheit werden könnte, da aus der ganzen Gegend und selbst aus der Kreisstadt Rzeszow alles Militär hinweggezogen ist. Alles, was Vermögen hat, sucht dasselbe in Sicherheit zu bringen, der Verkehr stockt, denn die Handlungshäuser scheuen sich Waareneinkäufe zu machen und stiften alle Sendungen. (L. J.)

Italien.

In Neapel war in den ersten Tagen dieses Monats das Gerücht verbreitet: Murat, der Sohn des vormaligen Königs von Neapel, sei in Sicilien gelandet, und von den Sicilianern als König ausgerufen worden; allein Valermianer Blätter bis zum 2. Januar, auf welche sich der Genueser „Corriere mercantile“ vom 9. Jan. bezieht, sagen nichts davon. Eben so bestätigen sie nicht das weitere Gerücht von einem Gefecht zwischen den Sicilianern und den königlichen Truppen bei Milazzo; der Waffenstillstand dauerte vielmehr bis zum 3. Jan. ungestört fort, und bis zu diesem Tage war der Regierung Siciliens keine officielle Mittheilung seitens der vermittelnden Mächte über das Ultimatum zugekommen. Die in Sicilien ausgeschriebene Zwangsanleihe von 500,000 Unzen hatte auf das Doppelte erhöht werden müssen. Das Ministerium, welchem vielfach Unzulänglichkeit vorgeworfen worden, hatte seine Entlassung eingereicht, aber in Folge einer schwachen Volksdemonstration zu seinen Gunsten sie wieder zurückgenommen. Uebrigens deutete die Abreise Filangieri's nach Messina (ohne den russischen Gesandten), sowie der nach Gaeta ergangene Befehl, das dort stehende 9. Linienregiment nach Messina einzuschiffen, auf nahen Wiederausbruch der Feindseligkeiten.

Ueber den Papst und seine Absichten finden sich in den italienischen Blättern mancherlei unverbürgte Gerüchte. Die Florentiner „Alba“ schreibt: „Jeden Tag beschäftigt sich mehr die Möglichkeit (la possibilita), daß der Papst nach Frankreich übersieble. Das Intriguenanzetteln der Diplomatie in Gaeta ist unermesslich; Rußland übt daselbst bis jetzt den größten Einfluß aus, indem es seine Umtriebe unter der Maske Spaniens macht. Der Papst scheint gleichwohl nicht geneigt, zu glauben, daß die italienischen Dinge definitiv von den italienischen Staaten allein geordnet werden können.“ — Die amtliche „Gazzetta Piemontese“, welche Oesterreich gegenüber fortwährend dieselbe „gedämpfte kriegerische“ Sprache redet, wie das Programm des Ministeriums Gioberti, enthält ein königl. Decret d. d. 5. Jan., wodurch die Einberufung der Wahlcollegien vom 15. bis zum 22. Januar, die Verufung des neuen Parlaments vom 23. Januar bis zum 1. Februar vertagt ist.

Frankreich.

K Paris, 16. Jan. Bei Gelegenheit der Wahlen, welche in den Bureaux der Nationalversammlung behufs der Zusammenfassung einer Commission zur Begutachtung des Martine'schen Antrags vorgenommen wurden, hat sich Lamartine entschieden für eine Auflösung der Versammlung ausgesprochen. Als Grund für seine Entscheidung führte er an, daß die Versammlung die beiden Hauptbedingungen für das Dasein einer politischen Körperschaft, Unantastbarkeit und Würde, eingebüßt habe; die erste durch den 10. December, an welchem Tage das Land die von der Nationalversammlung unterstützte Candidatur Cavaignac's desavouirt habe, die andere durch den 12. December, da Odilon-Barrot in seiner Antrittsrede zu ihr gefagt, ihre Zeit sei um, ohne daß das Ministerium wegen dieser Aeußerung gestürzt worden wäre. Der Versammlung bliebe jetzt nichts übrig, als entweder gegen das Ministerium zu revoltiren und dasselbe zu stürzen, oder aber sich zurückziehen und an das Land zu appelliren. Die Consequenzen des Einen werde man nicht wollen, man müsse sich darum in das Andere fügen. Ein sehr erfahrener Diplomat, den er in dieser Sache um seine Meinung gefragt, habe ihm, setzte er noch hinzu, folgendermaßen geantwortet: „Veranlassen Sie die Wahlen jetzt, so werden sie unter dem Einflusse einer zuversichtlichen Hoffnung stattfinden. Verschieben Sie sie lange, so werden sie unter dem Einflusse getäuschter Hoffnungen vor sich gehen. Was ist besser für die Republik und für den Präsidenten?“ Er, Lamartine, sei der Ansicht, daß die Versammlung hierauf mit ihm antworten werde, es sei besser, wenn die Wahlen unter der Eingebung einer zuversichtlichen Hoffnung stattfänden; eine Ansicht, die er später auf der Tribune noch näher entwickeln werde.

In Betreff der Rüstungen, über welche der „Moniteur“ immer noch ein beharrliches Stillschweigen verfolgt, äußert sich die „Assemblée Nationale“ folgendermaßen: Die französische Regierung befindet sich hinsichtlich ihrer Verhältnisse nach Innen und Außen in einer sehr delikaten Lage. Sie möchte gern auf einem Punkte Italiens landen; aber Rußland hat ihr erklärt, daß eine französische Intervention das Einschreiten eines russischen Armeecorps nach sich zöge.

Nach Innen ist ihre Lage höchst peinlich, weil die rothen Republikaner zu gewaltig schreien würden, wenn man zu Gunsten des Papstes intervenirte. Man kann mit ihnen noch nicht brechen, man braucht sie noch in der Nationalversammlung. In Hinsicht einer Vermittelung zeigt sich Oesterreich hartnäckig, das die unbedingte Wiederherstellung der päpstlichen Macht will. Neapel, Spanien und Portugal wollen einen katholischen Bund schließen, ein Umstand, der auch dazu beiträgt, die Sache zu verwickeln. Bis jetzt steht darum noch nichts fest als die Rüstungen.

Die Commission des hiesigen deutschen demokratischen Vereins erklärt in den heutigen Journalen ihren Beitritt zu der hier bestehenden „Societe des Amis de la Pologne democratique“, deren Vorsitzende der bekannte Havin, Le-rour und andere Deputirte sind.

In der Nationalversammlung stellte Odilon Barrot im Namen der Regierung den Antrag, die Mal-gefangenen von dem hohen Gerichtshof richten zu lassen. Die Regierung beabsichtigt mithin, die Angeeschuldigten den Affsen zu entziehen.

Spanien.

J Madrid, 12. Jan. In der Kammer Sitzung vom 10. äußerte der Finanzminister, Hr. Mon, in Erwiderung auf die Bemerkungen des Senators Collado, in Betreff der Finanzen und ihrer Verwaltung, Folgendes: „Die Regierung weiß sehr wohl, daß ihre Gegner sich darin gefallen, in böswilliger Absicht über den Tarifentwurf, welcher von ihr vorbereitet wird, falsche Gerüchte zu verbreiten. Ich bin jetzt noch nicht in der Lage, über den Entschluß der Regierung in dieser complicirten und schwierigen Frage bestimmte Aufschlüsse zu geben; so viel kann ich indes versichern, daß kein Zweig der spanischen Industrie unter den neuen Reformen zu leiden haben wird. Die Regierung wird im Gegentheil mit der größtmöglichen Sorgfalt alle bestehenden und erworbenen Interessen schützen, überdies wird sie auch eine jede Frage, die sich aufwerfen sollte, mit Zuziehung der gesetzgebenden Körperschaften zu beantworten sich angelegen sein lassen. Das Eine wird man nie außer Acht lassen dürfen, daß die Regierung nicht erman-geln wird, von den großen Ausgaben, welche für den Handel und den Schutz aller Staatsinteressen bereits gemacht oder noch zu machen sind, Rechnung abzulegen.“

Börsenberichte.

Frankfurt, 19. Januar. Die Frage nach Fonds hielt auch an heutiger Börse an, und viele Sorten wurden abermals zu besseren Preisen verhandelt. 5pEt. Metall. bleiben 76 $\frac{1}{2}$ pEt. G., 2 $\frac{1}{2}$ pEt. ditto 10 $\frac{1}{2}$ pEt. G., Wiener Bankactien 1184 fl., 500 fl. Loose anfangs 138 und zu 137 $\frac{1}{2}$ umgesetzt, schließen 137 $\frac{1}{2}$ pEt., 250 fl. Loose anfangs sehr begehrt, 81 $\frac{1}{2}$ pEt. G., wurden am Schluß der Börse durch gemachte Verkäufe auf 81 pEt. herabgedrückt. Kurpfälzische 40 Rthlr. Loose gesucht, 26 $\frac{1}{2}$ Rthlr. G., Badische 35 fl. Loose 27 $\frac{1}{8}$ fl. Geld, Badische 50 fl. Loose 49 fl. Geld, Darmstädter 50 fl. Loose 69 $\frac{1}{2}$ fl., Sardinische Loose 26 fr., Polnische 500 fl. Loose 73 $\frac{1}{4}$ Rthlr. Alle süddeutschen Obligationen in steigender Bewegung; 4 $\frac{1}{2}$ pEt. Württemberger 93 $\frac{1}{2}$ pEt., 3 $\frac{1}{2}$ pEt. ditto 78 $\frac{1}{2}$ pEt. Geld, Badische 5pEt. Obligationen v. Jahr 1848 96 $\frac{1}{2}$ pEt. G. Von belgischen Obligationen bleiben 2 $\frac{1}{2}$ pEt. belg. 42 $\frac{1}{2}$, 4 $\frac{1}{2}$ pEt. ditto 79 $\frac{1}{2}$, 5pEt. do. 86 $\frac{1}{2}$. Holl. 2 $\frac{1}{2}$ pEt. Integr. 49 $\frac{1}{2}$ pEt. G. Von Eisenbahnen Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 $\frac{1}{2}$ Rthlr., Verbaich in sehr angenehmer Stimmung 70 $\frac{1}{2}$ pEt., Köln-Minden 80 $\frac{1}{2}$ pEt., Rannus gefragt 280 fl. Geld, 3pEt. inländ. Span. wie zu Madrid stellten sich 1 $\frac{1}{2}$ pEt. höher im Cours 20 $\frac{1}{2}$ pEt. G.

Wien, 15. Jan. 5pEt. Metall. 84 $\frac{1}{2}$. — 4pEt. 69. — 3pEt. — 2 $\frac{1}{2}$ pEt. 44 $\frac{1}{2}$. — Bankactien 1100. — 500 fl. Loose 148 $\frac{1}{2}$. — 250 fl. Loose 87 $\frac{1}{4}$. — Nordbahnactien 102 $\frac{1}{4}$. — Gloggnitzer 99. — Mailänder 66 $\frac{1}{2}$.

Anfangs flau auf die verbreitete Nachricht des Einfalls der Magyaren in Galizien, schlossen die Course zuletzt fest.

Berlin, 18. Jan. Staatsanleihe 79 $\frac{1}{2}$ bez., Seehandlungs-Prämiencheine 98 $\frac{1}{2}$ e/w. bez., Bankactien 93 $\frac{1}{2}$ Br. (mit Divid.), Berlin-Hamburg 61 Br., Köln-Minden 78 $\frac{1}{2}$ bez., Rheinische 52 $\frac{1}{2}$ bez., Thüringische 50 $\frac{1}{2}$ bez. u. G., Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 $\frac{1}{2}$ a $\frac{1}{2}$ bez., 4pEt. Ruff. bei Stieglitz 86 u. 86 $\frac{1}{2}$ bez., Poln. 500 fl. Loose 73 $\frac{1}{4}$ e/w. bez. u. G., Kurpfälz. 40 Rthlr. Loose 25 $\frac{1}{8}$ bez. u. G., Neue bad. 35 fl. Loose 15 $\frac{1}{2}$ bez.

Bei sehr mäßigem Geschäft waren die Course der Fonds sowohl als die der Eisenbahnactien größtentheils fest, und von ersteren wurden Ruff. 4pEt. Stieglitz, sowie besonders Poln. 500 fl. Obligationen, von letzteren aber einige besser bezahlt, Friedrich-Wilhelms-Nordbahnactien dagegen etwas billiger verkauft.

Paris, 17. Jan. Stand der Rente: 5pEt. 75. 45. — 3pEt. 45. 75. — Neue 75. 20. — Neapol. — — Neue 3pEt. — — Span. innere Schuld 19 $\frac{3}{8}$ G. — Passive — — Bankactien 1700. — St. Germain-Eisenbahn 310. — Versailles, rechtes Ufer 122. 50. — Linte 115. — Paris-Orleans 710. — Paris-Rouen 437. 50. — Orleans-Bordeaux 375. — Orleans-Bierzon 251. 25. — Rouen-Havre 240. — Marseille-Avignon 187. 50. — Straßburg-Basel 82. 50. — Nordbahn 388. 75. Paris-Lyon —. Paris-Straßburg 332. 50. — Römische Anlehen 67. 67 $\frac{1}{2}$.

Obgleich der Umsatz nicht bedeutend war, stellten sich die Course dennoch etwas besser. Nordbahnactien gingen in Folge der Anzeige einer neuen Einzahlung von 25 Fr., welche im nächsten Monat erfolgen soll, zurück.

Amsterdam, 16. Jan. 4 Uhr. 2 $\frac{1}{2}$ pEt. Integr. 49 $\frac{1}{2}$, 9 $\frac{1}{16}$. — 3pEt. Schuld 59 $\frac{1}{8}$. — 4pEt. 76 $\frac{1}{2}$. — 5pEt. Ard. 11. — do. unbest. Stücke L. 510 10 $\frac{1}{8}$, 11 $\frac{1}{8}$. — 3pEt. inländ. a 6000 fl. 20, $\frac{1}{16}$. — Coupons 7 $\frac{1}{2}$, 8. — Franz. ausgef. Renten 3 $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{4}$. — 4pEt. Port. 28, 27 $\frac{1}{8}$. — Ruff. 4pEt. bei Doye 80 $\frac{1}{8}$. — ditto bei Stieglitz 80 $\frac{1}{4}$. — 5pEt. Metall. 73 $\frac{3}{4}$. — 2 $\frac{1}{2}$ pEt. do. 39 $\frac{3}{8}$, $\frac{1}{8}$.

Bei unbedeutendem Geschäft waren heute unsre inländ. Fonds etwas fester, Span. steigend; in allen Sorten derselben war der Handel animirt. Von allen übrigen fremden Fonds war allein mehr Nachfrage nach Brasilianer.

Madrid, 12. Jan. 3pEt. 19 $\frac{3}{8}$ P., n. d. B. 19 $\frac{3}{8}$ Geld. — 5pEt. 9 $\frac{1}{8}$ G.

London, 16. Januar. 3pEt. Stocks 89 $\frac{1}{2}$ a $\frac{3}{4}$. — 5pEt. Span. 15 $\frac{1}{8}$. — Neue 3pEt. 29 $\frac{1}{4}$. — 4pEt. Portug. —. — 2 $\frac{1}{2}$ pEt. Polländ. —.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Malten.

Gießen, am 18. Jan. Dessenliche und briefliche Mittheilungen veranlassen mich zu der Erwähnung, daß ich mich als Lehrer der Epologie und Philosophie glücklich genug fühle und, wenn ich mich auch praktischen Functionen verschiedener Art nicht entziehe, doch noch nie im Mindesten daran gedacht habe, irgend-wann oder -wo mit der eben so schwierigen als hohen bischöflichen Würde bekleidet werden zu wollen.

Leopold Schmid.

[179] **Bekanntmachung.**

Bei hiesiger Fahrpostexpedition befinden sich nachstehend verzeichnete beschwerte Briefe und Packete, welche wegen Verweigerung der Annahme Seitens der Adressaten resp. als unbestellbar hierher zurückgekommen sind, und deren Absender resp. Eigentümer bisher nicht ermittelt werden konnten.

- 1) Ein Brief an Herrn A. Lind zu Armshausen.
2) Ein Packet an Herrn W. Müller zu Mainz.
3) Ein Packet an Herrn E. May zu Arheilgen.
4) Ein Packet an Frau v. Wehner zu Pomburg v. d. Höhe.
5) Ein Packet an Herrn Ch. Doll zu Cassel.
6) Ein Packet an Herrn Rabbiner Geiger zu Breslau.
7) Zwei Koffer an Herrn Fajjan in Basel.
8) Ein Packet an Mademoiselle Maria Hillenbrand in Mainz.
9) Ein Brief an Herrn Joseph Ziller in Wien.
10) Ein Packet an Frau Weber in Wiesbaden.
11) Ein Brief an Herrn Johs. S. Reinbach zu Fulda.
12) Ein Brief an Herrn J. Müller in Wiesbaden.

Die Aufgeber resp. Eigentümer dieser Fahrpostsendungen werden hiermit aufgefordert, sich innerhalb

sechs Monaten

von heute anfangend auf der Fahrpostinspektion dahier über das Eigenthumsrecht gehörig auszuweisen, und die betreffenden Sendungen gegen Entrichtung des darauf haftenden Portos und Rückgabe des Aufgabescheines in Empfang zu nehmen, widrigenfalls anderweit hierüber verfügt werden wird.

Frankfurt a. M., den 20. Januar 1849.

O b e r - P o s t - A m t.

[154] **Rechnungs-Abgabe**

über die im December 1848 stattgehabte Verloosung zum Ankauf von Brennholz für hiesige Arme.

Die Einnahme bestand:

Table with 2 columns: Description and Amount. a) in Erlös von 6051 Loosen à 18 fr. 1815 fl. 18 fr. b) in Extra-Geschenken 23 " 42 " 1839 fl. — fr.

Die Ausgabe bestand in Folgendem.

Table with 2 columns: Description and Amount. 1183 Gilbert buchen Scheitholz à 9 fl. 17 fr. 1102 fl. 24 fr. 51 " gespaltenes à 7 fl. 52 fr. 41 " 18 " 173 " buchen Scheitholz à 10 fl. 2 fr. 178 " 6 " Meß-Geld à 16 fr. 37 " 48 " Fuhrlohn 122 " 51 " für das Herumtragen der Holzstapel 17 " 33 " 1500 fl. — fr.

Davon erhielten 46 Personen ganze Stücken und 475 halbe ferner aus dem Magazin 47 1/2 Stücken buchen Scheitholz sammt Fuhrlohn und Meß-Geld à 6 fl. 34 fr. 311 fl. 55 fr. 26 " 12 " 1838 fl. 7 fr

Davon erhielten 25 Personen ganze Stücken und 45 halbe für den Rest von 53 fr. wurden noch einige Loose ausgeheilt.

Mit dieser Rechnungs-Abgabe verbinden wir den schuldigsten Dank Allen, welche dies wohlthätige Unternehmen theils durch Ankauf und Verbreitung der Loose, theils durch Geschenke unterstützten, so wie wir auch dankbar erwähnen müssen, daß die Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste u. das Local unentgeltlich überließ und mehrere Mitglieder derselben thätige Hüthe leisteten, daß die Herren Krebs und Naumann die Loose unentgeltlich aufnahmen, und die Herren Heller und Nohm die Listen der gezogenen Loose unentgeltlich drucken ließen.

Und wenn auch in diesem Jahr leider viel weniger Loose verkauft

wurden, als in früheren Jahren, so vermochten wir dennoch beinahe 600 Familien mit Holz zu unterstützen.

Möge das verehrliche Publikum dieser Anstalt ferner das bisherige Wohlwollen schenken. Schließlich bemerken wir, daß einige Gewinne nicht abgeholt wurden, welche gegen Abgabe der Loose in Lit. D Nr. 165 täglich Vormittags von 9 bis 10 Uhr abgeholt werden können, während die nicht abgeholt in die nächste Verloosung gegeben werden.

[156] **Verkauf einer Actie an der Spielbank zu Spa.**

Durch Beschluß höchsten Reichstags zu Frankfurt am Main sind die öffentlichen Spiele in Deutschland verboten, und die jährlichen Verträge über dieselben vom 1. Mai l. J. an aufgehoben. Spa bleibt folglich der einzige Badeort in Europa, wo die Roulette- und 30- und 40-Spiele auf dreizehn auf einander folgende Jahre privilegirt sind.

Spa ist daher versichert, daß die ganze höhere Gesellschaft seinem bezaubernden Aufenthalt sich zuwenden wird. Dieselbe wird angezogen durch die Kraft seiner Heilquellen, die Vergnügungen, Bälle, Concerte und Feste aller Art, die, in jetziger Zeit, wo die Concurrenz der deutschen Bäder aufgehört, nur durch eine Administration von öffentlichen Spielen den Touristen dargeboten werden kann.

Welchen Werth die Actien haben, geht daraus hervor, daß zu dem Gewinn, welchen sie bis jetzt einbrachten, ein weit größerer hinzukommen wird durch jene Menge von Touristen, die sonst die Rheingegenden besuchten, künftig aber die schöne Jahreszeit in unserer lieblichen Gegend zubringen werden.

Man wendet sich an W. Bernard in Basel (in der Schweiz) poste restante.

[156]

40 Ct. Galizisch-ständische Pfandbriefe in Conv-Münze.

Im Auftrag löblicher Direction der galizisch-ständischen Credit-Anstalt bringen wir hiermit nachstehendes Nummern-Verzeichniß mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniß, daß die darin erwähnten am 30. Juni d. J. zahlbaren Pfandbriefe unter vorheriger Abstempelung, nach Eingang baar und ohne Abzug zu 6 fl. Conv-Münze für fl. 5 C.-M. auch an unserer Cassa eingelöst werden.

Frankfurt a. M., den 8. Jan. 1849.

Gebrüder Bethmann.

Nummern-Verzeichniß der in der öffentlichen Sitzung der Direction des galizisch-ständischen Credit-Vereins in Lemberg am 23. Dec. 1848 verloosten Pfandbriefe, welche am 30. Juni 1849 nach ihrem Nominalwerthe in C.-M. baar eingelöst werden:

der Serie II. zu fl. 5000, 2 Stück, Serienzahl 94, 235; der Serie III. zu fl. 1000, 35 Stück, Serienzahl 124, 129, 137, 482, 496, 506, 838, 907, 1431, 1468, 1604, 1792, 1917, 1949, 2230, 2370, 2399, 2403, 2499, 2673, 2913, 3436, 3438, 3504, 3775, 3796, 4303, 4309, 4541, 4651, 4871, 5348, 5384, 6067, 6228;

der Serie IV. zu fl. 500, 11 Stück, Serienzahl 125, 164, 277, 338, 357, 694, 721, 995, 1545, 1561, 1901;

der Serie V. zu fl. 100, 29 Stück, Serienzahl 240, 671, 775, 916, 1012, 1095, 1277, 1279, 1471, 1570, 1687, 1700, 1749, 1828, 2104, 2159, 2304, 2408, 2682, 3226, 3236, 3456, 3806, 3830, 3849, 3979, 4020, 4238, 4419.

Die Direction des galizisch-ständischen Creditvereins fordert die Inhaber obiger Pfandbriefe hiermit auf, dieselben bei der Creditcassa in Lemberg oder bei den mit dem Vereine in Geschäftsverbindung stehenden Handlungshäusern der Herren Wajna u. Comp. in Wien, Mich. Kaskel in Dresden, Wendelsohn u. Comp. in Berlin, Gebrüder Bethmann in Frankfurt a. M. und Franz Anton Wolf in Krakau auslösen zu wollen, weil die Coupons, welche über die Verfallzeit eines verloosten Pfandbriefes eingelöst worden wären, im Sinne des § 11 der Statuten von dem baar erliegenden Pfandbrief-Capitale in Abzug gebracht werden.

Lemberg am 23. December 1848.

Von der Direction

[104] des galizisch-ständischen Credit-Vereins.

[115] Am heutigen Tage habe ich auf hiesigem Plage unter der Firma

Wilhelm Zilske

ein Geschäft errichtet, welches sich vorzugsweise mit dem Expeditions- und Commissions-Handel in Waaren und Produkten und dem Bankfache befaßt wird.

Indem ich dies hierdurch zur allgemeinen Kenntniß bringe, bitte ich um geneigtes Wohlwollen für mein neues Unternehmen; ich werde alles aufwiegen, mich durch regsten Fleiß und Energie des in mich gesetzten Vertrauens würdig zu zeigen.

Stettin, 1. Januar 1849.

Wilhelm Zilske.

Saildorf

im Jarkreise des Königreichs Württemberg. Amtlicher Verkauf des Glas-Fabrik-Etablissements des Gottlieb Nau.

In dem freundlichen Koberthale, einige hundert Schritte von dem Städtchen Saildorf entfernt, befindet sich die hiernach beschriebene Glasfabrik und Wirthschaft des Gottlieb Nau, ein Etablissement in der günstigsten Lage: mitten in Süddeutschland in einer hochreichen Gegend, an den Straßen von Stuttgart nach Nürnberg, Ulm nach Hall, Aalen, Ellwangen, Heilbronn, Gmünd, Schorndorf, Göppingen, 8 und 10 Stunden von den Eisenbahnen entfernt.

Dieses Anwesen wird am Mittwoch den 7. Februar 1849 früh 9 Uhr in öffentlichem Aufsteig an den Meistbietenden, in 3 Jahreszieten zahlbar, auf hiesigem Rathhause verkauft. Auswärtige Liebhaber mögen sich mit Prädicats- und Vermögenszeugnissen einfinden und jeder Käufer hat einen tüchtigen Bürgen zu stellen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein mit dem nöthigen Betriebs-Capital ausgerüsteter, umsichtiger, sich dem Geschäft mit Fleiß widmender Mann, mit dem Anfaß des Nau'schen Anwesens eine sehr gut rentirende Quelle eröffnet. G. Nau hat seit 1 Monat die Fabrikation aufgegeben, aber es sind noch so viele Rohmaterialien vorhanden, daß täglich die Glasfabrikation begonnen werden kann, wie denn auch noch ein zahlreiches Arbeiterpersonal mit Sehnsucht darauf wartet.

Beschreibung des Anwesens.

Ein großes Wohn- und Wirthschaftsgelände; zwei abgeforderte Gebäude je mit einem Glasofen und 8 Arbeitsstätten, Gebäude für Laboranten-Wohnungen, Gemeinhaus, Brauereigebäude, Scheuer, Stallung, Glasschleiferei; mehrere Morgen Holzplatz und Gärten und einige Morgen Wiesen, alles in der unmittelbaren Nähe der vorstehenden Gebäude. Das Ganze ist angeschlagen zu 32,000 fl.

Den 4. Januar 1849.

Stadtschultheißen - Amt.

[105] Kiefer.

Die Allgemeine Oesterreichische Zeitung

(Hauptredacteur: Ernst v. Schwarzer)

erscheint seit Dienstag den 2. Jänner 1849 wieder täglich zweimal und zwar: Früh ein ganzer und Abends ein ganzer Bogen (mit Ausnahme Sonntag Abends und Montag Früh).

Der Pränumerationspreis beträgt, wie bisher, ungeachtet der bedeutenden Erweiterung des Blattes, für Wien vierteljährig 4 fl. 30 kr., halbjährig 9 fl., ganzjährig 18 fl. — Tägliche Postversendung vierteljährig 5 fl. 30 kr., halbjährig 11 fl., ganzjährig 22 fl. C.-M.

Um die P. T. Abonnenten, welche bis zum Schluß des Jahres 1848 abonniert waren, für die letzten Monate November und December 1848 vollkommen zu entschädigen, ist der Pränumerationspreis um 2 Monate ermäßigt und beträgt daher vierteljährig nur 1 fl. 30 kr., halbjährig 6 fl., ganzjährig 15 fl. für jene Abonnenten, welche das Blatt mit täglicher Postversendung bezogen haben, beträgt der Pränumerationspreis um 2 Monate ermäßigt vierteljährig nur 1 fl. 50 kr., halbjährig 7 fl. 20 kr., ganzjährig 18 fl. 20 kr. C.-M.

Die auswärtigen Herren Pränumeranten bekümmern die Pränumerationsbeträge sowohl, wie allenfallsige Reclamationen und Beschwerden in unfrankirten Zuschriften an die Expedition der allgemeinen öferr. Zeitung in Wien, Stadt, Dorotheergasse Nr. 1108 zu richten. Jedemalige Beifügung der deutlich geschriebenen, genauen Adresse mit Angabe der letzten Poststation, sichert den Herren Abonnenten die Postexpedition in größter Ordnung.

Die Herren Abonnenten außer den österreichischen Staaten wollen ihre Pränumerationen bei ihren betreffenden Postämtern einrichten.

Verlagshandlung: Leopold Sommer, Stadt, Dorotheergasse Nr. 1108.

[123]

[161] Ein Mädchen, welches schon mehrere Jahre in Veden conditionirte und gute Zeugnisse aufzuweisen hat, wünscht wieder eine Stelle in einem Laden, oder als Stubenmädchen, oder zu einer Dame. Näheres Schlimmner D 10 1ster Stod.

[88] **Associations-Gesuch.**

In einem Expeditions-Geschaft Bayerns wird ein thätiger, mit vielen Bekanntschaften, besonders in den Rheinlanden und den Niederlanden, versehener solider Mann zur weiteren Ausdehnung mit etwas Fond als Associe gesucht. Frankrie Offerten besorgt das Comptoir von Julius Jaffé, Allee Nr. 17 in Frankfurt a. M.

[174] **M a s k e n**

en gros, in großer Auswahl, sowie auch Gold- und Silbermasken zu sehr billigen Preisen, bei A. J. Etiebel in Frankfurt a. M. NB. Briefe werden franco erbeten.

[166] In einer achtbaren hiesigen Familie können Anfangs April d. J. einige junge Leute in Pension aufgenommen werden, und gleichzeitig gründlichen Unterricht in der französischen Sprache, so wie in allen Zweigen der Handelswissenschaften, ertheilt bekommen. Die Conversation kann, je nachdem es gewünscht wird, französisch oder deutsch geführt werden. Eine reichhaltige Bibliothek der besten französischen Werke steht zur Verfügung der Pensionärs. Besondere gewissenhafte Pflege wird zugesichert. Pension 400 fl. bis 450 fl. jährlich; etwaiger Unterricht besonders berechnet. Schriftliche frankirte Anfragen unter Nr. 166 befördert die Expedition.

[159] G. Feine Thibet-Kleider in den schönsten Farben zu 7 fl. bei E. B. Schuster, Bleidenstraße Nr. 5.

[177] Frische Schellfische und Cablian bei Carl Wigand, Markt 27.

[170] Einer Puzmacherin können wir eine sehr gute Stelle in einer angenehmen Stadt in Baden offeriren. Nur mit den besten Zeugnissen Versehene wollen sich melden bei

Wilhelm Knoblauch & Sohn.

[158] G. Farbige Herrenhemden nach der neuesten Façon gearbeitet zu 2 fl. 15 kr., feine Dielefelder Reinwand das Stück von 64 Ellen für ein Dugend Hemden von 25 fl. bis zu 60 fl., weiße leinene Taschentücher zu 3 fl., 3 fl. 30 kr. und 4 fl. das Dugend bei E. B. Schuster, Bleidenstraße Nr. 5.

[167] Ein Frauenzimmer von guter Familie, die bisher Erzieherin in einem adeligen Hause war, sucht wegen eingetretener Todesfall eine andere Stelle. Nähere Nachfrage unter den Buchstaben C. S. bei der Exped. d. Bl.

[180] Am 16. Januar starb unser guter Vater und Schwiegervater, Herr Johann Gotlob Bohr, zu Eisenach, nach eben vollendetem 71. Lebensjahre, was wir Verwandten und Freunden des Verstorbenen hierdurch anzeigen.

Die Hinterbliebenen.

Gerichtliche Bekanntmachungen.

[108] Der Schneider Valentin Hanisch von Kerbersdorf, später in Rödelheim wohnhaft, hat nach gerichtlicher Hypothek vom 12. Januar 1826 dem Johannes Ballhaus und dessen Frau Barbara geb. Will von hier, später in Romsthal wohnhaft, 350 fl. geliehen und diese haben denselben acht in hiesiger Gemarkung liegende Grundstücke verpfändet.

Es ist durch eine Erklärung des Valentin Hanisch vom 23. Februar 1827 ausgesprochen worden, daß das Capital abgetragen und die Hypothekens-Urkunde von ihm vernichtet und nicht beizubringen sei. Ehe zur Lösung des Pfandrechts geschritten wird, ergeht auf Antrag die öffentliche Aufforderung: „etwaige Ansprüche aus der bezeichneten Urkunde, und hierauf zu gründende Einreden gegen die Lösung des Pfandrechts alsbald und längstens

„bis zum 7. Februar l. J. dahier vorzubringen, „gegenfalls aber zu erwarten, daß deren „Schluß erkannt, die Hypothek als vernichtet an- „gesehen und die Lösung des Pfandrechts be- „wirkt werde.“ Salmünster, am 5. Januar 1849.

Kurfürstl. Oeff. Justizam. Udet. Simon.

[3009] **Edictalladung.** Nachdem der Ackermann und Mehger Heinrich Geisler von Schweinsberg angezeigt hat, daß er sich demalen außer Stande befinde, seine Gläubiger zu befriedigen, so ist Termin zur summarischen Schuldenliquidation und zum Güterverkauf wie auch zur Bestimmung des Concurs-Curators auf den

25. Januar 1849, Morgens 9 Uhr,

angelegt worden. In diesem Termine haben die Gläubiger ihre Forderungen summarisch, jedoch wo möglich unter Vorlage der desbalbigen Beweisurkunden in Person doch durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte anzugeben, widrigenfalls die bekannten Gläubiger als dem Beschluß der Mehrzahl der Erscheinenden betretend angesehen werden, die unbekannteren aber unberücksichtigt bleiben sollen.

Kirchhain, am 22. December 1848. Kurfürstl. Oeff. Justiz-Amt. Stein. vdt. Frizen.

[99] **Edictalladung** den Concurs des Wittw. Peter Thies 2. von Schwidershausen betr. Nachdem über das Vermögen des Wittwers Peter Thies 2. von Schwidershausen rechtskräftig der Concurs erkannt worden ist, so wird Termin zur Anmeldung dinglicher oder persönlicher Ansprüche auf

Mittwoch den 7. Febr. l. J., Morgens 10 Uhr, anberaumt bei Vermeidung des Ausschlusses von der vorhandenen Masse.

Idstein, den 24. December 1848. Herzogl. Nass. Amt. Meßler.